

Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim

Book Part — Published Version

Deutschland: Gegenwind für Konjunktur und Potentialwachstum

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim (2007) : Deutschland: Gegenwind für Konjunktur und Potentialwachstum, In: Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2007, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, pp. 33-55

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/4140>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschland: Gegenwind für Konjunktur und Potentialwachstum

Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp und Joachim Scheide

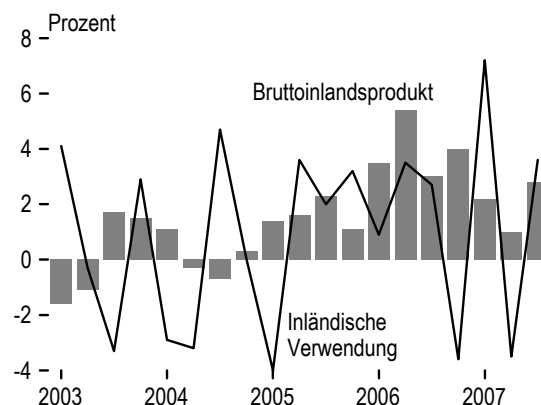
Zusammenfassung:

Im vierten Quartal des laufenden Jahres dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion abermals merklich gestiegen sein; im gesamten Jahr 2007 hat sie sich wohl um 2,6 Prozent (Prognose vom September: 2,7 Prozent) erhöht. Im kommenden Jahr erhält die Konjunktur Gegenwind durch die Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Anspannungen an den Finanzmärkten. Wir revidieren unsere Prognose für den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 von 2,4 auf 1,9 Prozent. Im Jahr 2009 wird der Produktionsanstieg mit 1,6 Prozent vergleichsweise moderat ausfallen. Dafür spielt auch eine Rolle, dass die Wirtschaftspolitik ihren Kurs geändert hat. Mehr und mehr werden Maßnahmen diskutiert und beschlossen, welche die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt wieder verschlechtern und damit das Fundament des Aufschwungs schwächen.

Die Konjunktur in Deutschland hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres 2007 als robust erwiesen. So nahm die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung abermals zu, obwohl es eine Reihe von negativen Einflüssen gab. Zur restriktiven Finanzpolitik kamen externe Schocks hinzu, da sich Erdöl erheblich verteuerte und der Euro nochmals an Wert gewann. Ferner verschlechterten sich im Zuge der Finanzmarkturbulenzen die monetären Rahmenbedingungen. In der Folge trübten sich zwar das Geschäftsklima und das Konsumklima ein; die konjunkturelle Expansion hat sich aber kaum verlangsamt.

Tatsächlich expandierte die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal dieses Jahres deutlich rascher als im Vorquartal. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts belief sich auf das Jahr hochgerechnet auf 2,8 Prozent (Abbildung 1). Die Exporte wurden zwar deutlich ausgeweitet, die Importe legten aber noch stärker zu, so dass sich der Außenbeitrag verringerte. So war der kräftige Zuwachs der inländischen Verwendung ausschlaggebend für das höhere Tempo. Die privaten Konsumausgaben setzten ihre im Vorquartal begonnene Erholung fort, wenn auch die Zunahme moderat blieb. Überraschend schwach blieb allerdings der Zuwachs

Abbildung 1:
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2003–2007^a



^aReal, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

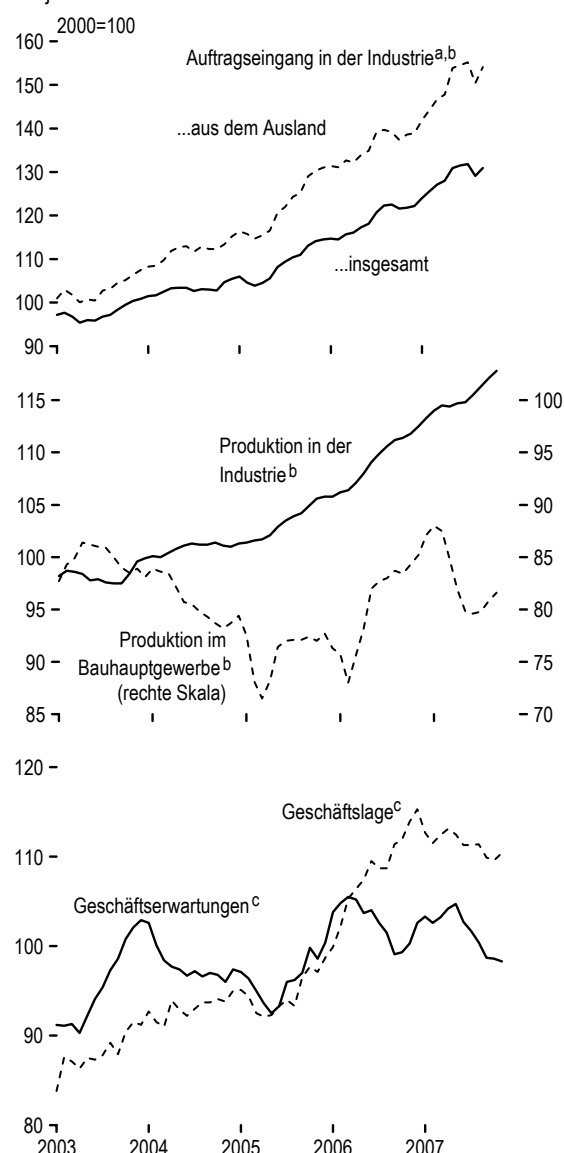
Deutschland: Gegenwind für Konjunktur und Potentialwachstum

bei den Ausrüstungsinvestitionen. Aufgrund des nach wie vor guten Geschäftsklimas und der Tatsache, dass wegen der bevorstehenden Verschlechterung der Abschreibungsregeln mit einem Vorziehen von Käufen zu rechnen ist, hatten wir einen höheren Anstieg prognostiziert.

Die anhaltend positive Grundtendenz der Konjunktur spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt wider. So setzte sich der Anstieg der Beschäftigung bis zuletzt fort, wenn auch in etwas langsamerem Tempo als zuvor. Die Arbeitslosenquote ging kontinuierlich zurück; sie belief sich im November auf 8,6 Prozent, das sind 1,5 Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Erheblich verschlechtert hat sich in jüngster Zeit das Preisklima. Seit dem Sommer sind die Verbraucherpreise beschleunigt gestiegen, getrieben vor allem von den Energie- und Nahrungsmittelpreisen. Im November betrug die Inflationsrate im Vorjahresvergleich 3 Prozent.

Die Frühindikatoren sind derzeit schwer einzuschätzen, und daher ist die Prognose für die kurze Frist mit großer Unsicherheit behaftet. So haben sich die Auftragseingänge in der Industrie seit dem Sommer sehr unstetig entwickelt, auch weil sie wiederholt durch Großaufträge verzerrt waren. Insgesamt sind die Frühindikatoren immer noch günstig; daher rechnen wir damit, dass sich der kräftige Produktionsanstieg im vierten Quartal dieses Jahres fortgesetzt hat. Die Nachfrage nach Industriegütern hat im Herbst wieder zugenommen (Abbildung 2). Ferner sind die Auftragsbestände immer noch sehr hoch, auch wenn sie ihr Rekordniveau, das im vergangenen Sommer erreicht worden war, nicht halten konnten. Zudem wird die Geschäftslage durch die Unternehmen weiterhin günstig beurteilt; die Stimmung hat sich zuletzt sogar wieder leicht verbessert. Schließlich dürfte die Produktion davon angeregt werden, dass die Unternehmen Investitionsgüter noch in diesem Jahr anschaffen, um die günstigen steuerlichen Abschreibungsregeln zu nutzen; hierfür spricht die zuletzt sehr deutliche Zunahme der Inlandsaufträge bei den Investitionsgüterherstellern. Alles in allem ist die zugrunde liegende Dynamik der Konjunktur offenbar immer noch kräftig.

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2003–2007



^aReal. — ^bGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^cGewerbliche Wirtschaft.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); ifo (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Allerdings erhält die Konjunktur nun erneut Gegenwind. Maßgeblich dafür sind die Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Anspannungen an den Finanzmärkten. Wir erwarten einen Dämpfer durch die Abschwächung der US-Konjunktur, die geringere preisliche Wettbewerbsfähigkeit sowie den höheren Ölpreis. Ferner sind die

Zinsen gestiegen, auch weil die Unsicherheiten und die Risikoprämien im Zusammenhang mit der Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten zugenommen haben.

Während die negativen Schocks nach und nach an Wirkung verlieren dürften, werden die mittelfristigen Aussichten wesentlich dadurch bestimmt, wie sich das Produktionspotential in Deutschland entwickeln wird. Bei dem Potentialwachstum hat sich in den vergangenen Jahren einiges zum Besseren gewendet (Boss et al. 2007a); die Arbeitsmarktreformen und die dadurch geförderte Lohnzurückhaltung dürften dabei eine wichtige Rolle gespielt haben.¹ Seit einiger Zeit mehren sich allerdings die Anzeichen, dass die Wirtschaftspolitik ihren Kurs in die falsche Richtung ändert, insbesondere in der Arbeitsmarktpolitik.² So wurde die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer wieder verlängert, was die Anreize zur Arbeitsaufnahme verringert und so höhere Löhne begünstigt. Ferner erhöht die Einführung eines Mindestlohns für Briefzusteller auf dem vergleichsweise hohen Niveau der Post die Effektiventlohnung, und es ist zu befürchten, dass weitere Bereiche folgen werden, die die von der Politik genannten Voraussetzungen erfüllen. Auch wird diskutiert, die 2004 in Kraft getretene Deregulierung der Zeitarbeit teilweise wieder rückgängig zu machen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass sich der effektive Lohnanstieg bereits 2008 etwas stärker beschleunigen wird als bisher gedacht. Dabei spielt freilich auch das kräftige Anziehen der Verbraucherpreise eine Rolle; die im Vergleich zu unserer Prognose vom Herbst ausgeprägtere Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung dürfte dagegen einen nur geringen dämpfenden Einfluss auf den Lohnanstieg haben. Im Jahr 2009 wird die Effektiventlohnung wohl abermals rascher steigen. Bei einem Anziehen

¹ Vgl. Boss et al. (2007a) sowie die später erschienenen Untersuchungen der Deutschen Bundesbank (2007a) und des Sachverständigenrats (2007), die zu ähnlichen Ergebnissen kommen.

² Auch andere Bereiche der Wirtschaftspolitik sind für das Wachstum wichtig, vor allem die Ausgaben- und Steuerpolitik des Staates, die Bildungspolitik usw.

der realen Arbeitskosten um 1 1/2 Prozent dürften erstmals seit 2003 von der Lohnseite keine nennenswerten Anregungen mehr auf die Beschäftigung ausgehen. Die strukturelle Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich kaum noch sinken, so dass das Produktionspotential von Seiten des Arbeitseinsatzes keine Impulse mehr erhält.

Gegenwind für das Potentialwachstum kommt auch von der Ausgaben- und Steuerpolitik. Hier besteht ebenfalls die Gefahr, dass der aus wachstumspolitischer Sicht großenteils richtige Kurs der jüngsten Vergangenheit nicht fortgesetzt wird. So werden vor dem Hintergrund der gefüllten Kassen zusätzliche Ausgaben beschlossen, und zwar vor allem im Bereich der Sozialausgaben. Es ist nicht auszuschließen, dass sich diese Politik mit dem näher rückenden Termin der Bundestagswahl noch einige Zeit fortsetzt. Gleichzeitig wird die Forderung, heimliche Steuererhöhungen zu vermeiden,³ häufig mit dem Hinweis abgelehnt, es gebe keinen Spielraum, die Steuern zu senken. Dabei geht es nicht um eine echte Steuersenkung, sondern lediglich darum, eine schleichende Erhöhung der Steuerbelastung zu vermeiden. Zwar sind die beschlossenen oder absehbaren Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und in der Finanzpolitik (noch) nicht so umfangreich, dass sie die Rate des Potentialwachstums schon spürbar drücken. Sie sind aber das Gegenteil einer Wirtschaftspolitik, die Wachstum und Beschäftigung mittelfristig fördern will.

Verschlechterte monetäre Rahmenbedingungen

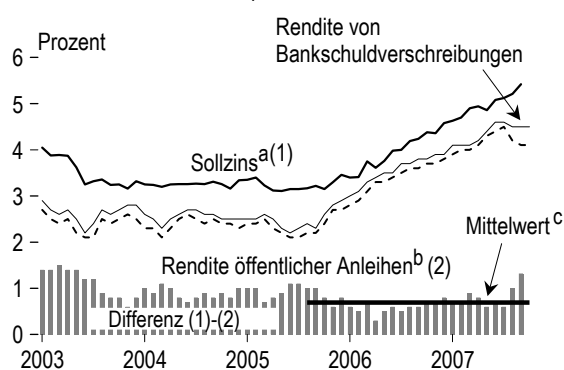
Die Verspannungen an den internationalen Finanzmärkten halten an. Zwar ließen die Schwierigkeiten am Geldmarkt bis Mitte November etwas nach – die Differenz zwischen dem Zins für unbesichertes Dreimonatsgeld

³ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2007: 59).

(Euribor) und dem für besichertes Dreimonatsgeld (Eurepo) verringerte sich gegenüber Anfang Oktober um etwa 25 auf 50 Basispunkte. Danach verschärften sich die Liquiditätsrisiken unter dem Eindruck weltweit steigender Verluste bei Banken allerdings wieder. Anfang Dezember hat der Drei-Monats-Euribor mit über 4,8 Prozent sogar einen neuen Jahreshöchstwert erreicht. Tagesgeld war dagegen zu 4 Prozent zu haben; hier macht sich bemerkbar, dass die Europäische Zentralbank (EZB) weiterhin die Banken ausreichend mit kurzfristiger Liquidität versorgt.

Die Finanzierungskosten von Haushalten und Unternehmen sind in den vergangenen Monaten trotz der Finanzmarkturbulenzen nur wenig gestiegen. Legt man die bis einschließlich September vorliegenden Daten aus dem Bank Lending Survey der EZB zugrunde, so sind die effektiven Zinsen für neue Unternehmenskredite über 1 Mill. Euro mit variabler Verzinsung oder mit einer Zinsbindung bis zu einem Jahr – auf dieses Segment entfällt etwa zwei Drittel des Neugeschäfts der Banken mit nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften – seit Beginn der Schwierigkeiten im Juli nur um 0,3 Prozentpunkte auf 5,4 Prozent gestiegen (Abbildung 3). Dass der Anstieg nur moderat ausfiel, ist allerdings vor allem der Tatsache geschuldet, dass die Kapitalmarktzinsen in diesem Zeitraum rückläufig waren.

Abbildung 3:
Sollzins der Banken und Kapitalmarktzinsen 2003–2007



^aFür Unternehmenskredite über 1 Mill. Euro mit variabler Verzinsung oder Zinsbindung bis zu einem Jahr. — ^bMit einer Restlaufzeit von ein bis zwei Jahren. — ^cÜber den Zeitraum von August 2005 bis Juli 2006.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (Ifd. Jgg.).

Anleihen der öffentlichen Hand mit vergleichbarer Laufzeit rentierten im September mit 4,1 Prozent um 0,4 Prozentpunkte niedriger als im Juli. Offenbar hat der Zinsaufschlag gegenüber öffentlichen Anleihen zugenommen. In der zurückliegenden Aufschwungsphase von August 2005 bis Juli 2007 lag er im Mittel bei 0,7 Prozentpunkten, im September betrug er jedoch 1,3 Prozentpunkte. Die Banken gaben wohl die gestiegenen Refinanzierungskosten, die ihnen aus den Liquiditätsengpässen am Geldmarkt, aber auch aus höheren Risikoaufschlägen für Bankanleihen erwachsen, an die Kunden weiter; zudem dürfte es insgesamt zu einer Höherbewertung von Kreditrisiken gekommen sein. Dagegen haben die Banken in Deutschland – anders als die im übrigen Euroraum – ihre Kreditvergabestandards im dritten Quartal ungeachtet der Turbulenzen kaum verändert. Die Standards für Konsumentenkredite wurden sogar erneut leicht gelockert und die für Unternehmenskredite – sieht man von etwas höheren Anforderungen bei Unternehmensfusionen und -umstrukturierungen ab – nur geringfügig eingeschränkt. Auch für das vierte Quartal erwarten die befragten Banken nur eine leichte Verschärfung der Kreditvergabestandards.

Deutlich verschlechtert haben sich die monetären Rahmenbedingungen durch die Aufwertung des Euro. Der Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar näherte sich Ende November bis auf einen Cent der Marke von 1,50 – bevor er wieder etwas nachgab. Entlastend wirkte, dass der Yen seit Ende Oktober wieder an Wert gegenüber dem Euro gewann. Alles in allem dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen bis Anfang Dezember um etwa 1,5 Prozent gegenüber dem dritten Quartal verschlechtert haben.

Wir erwarten, dass die EZB die Leitzinsen im Euroraum im Prognosezeitraum nicht verändern wird (Dovern et al. 2007). Die Kapitalmarktzinsen werden im kommenden Jahr auf dem derzeitigen Niveau verharren und 2009 leicht anziehen (Tabelle 1). Für den Euro ist ein Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar von 1,46 unterstellt; die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen dürfte sich im Prognosezeitraum kaum verändern.

Deutschland: Gegenwind für Konjunktur und Potentialwachstum

Tabelle 1:

Rahmendaten für die Konjunktur 2007, 2008 und 2009

	2007				2008				2009			
	I	II	III	IV ^a	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	3,8	4,1	4,5	4,8	4,6	4,4	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	4,0	4,3	4,4	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,3	4,4	4,5	4,5
Tariflohnindex ^{c,d}	0,6	1,7	1,6	2,7	3,1	2,6	2,3	2,5	2,7	2,9	2,8	2,8
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,32	1,34	1,39	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	97,8	98,3	98,6	100,1	100,1	100,1	100,1	100,1	100,1	100,1	100,1	100,1
Industrieproduktion im Ausland ^{f,9}	3,8	2,8	5,6	0,3	0,6	0,8	1,2	1,7	1,9	3,0	3,3	3,1
Rohölpreis ^h	58,1	68,7	75,0	89,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0

^aTeilweise geschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 56 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^hUS-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Finanzpolitik: Ende der Ausgaben- disziplin

Nachdem das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2006 stark gesunken war, dürften die Einnahmen des Staates im Jahr 2007 seine Ausgaben etwas übersteigen (Tabelle 2). Das strukturelle Budgetdefizit wird in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um rund einen Prozentpunkt abnehmen, nachdem es im Jahr 2006 rund 1 ¼ Prozent betragen hatte.

Im Jahr 2008 wird das strukturelle Defizit wieder zunehmen. Zwar werden die Ausgaben des Staates abermals schwächer als das nominale Produktionspotential – wenngleich deutlich stärker als im Jahr 2007 – steigen, aber die Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge insgesamt wird spürbar reduziert. Das Budget des Staates dürfte im Jahr 2008 – bei einer im Jahresdurchschnitt wenig veränderten Kapazitätsauslastung – wieder ein Defizit aufweisen.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2008 wohl um 2,5 Prozent zunehmen (2007: 0,9 Prozent). Zwar sinken die konjunkturabhängigen Ausgaben (insbesondere die für das Arbeitslosengeld und für das Arbeitslosengeld II)

Tabelle 2:

Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 2000–2009^a (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern ^b	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen ^c	Budgetsaldo
2000	47,6 ^d	25,0	18,3	3,1	-1,2
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	-2,8
2002	48,1	22,8	18,2	3,4	-3,7
2003	48,5	22,8	18,3	3,4	-4,0
2004	47,1	22,2	17,9	3,2	-3,8
2005	46,9	22,4	17,7	3,4	-3,4
2006	45,4	23,3	17,3	3,2	-1,6
2007 ^e	43,8	24,3	16,4	3,2	0,1
2008 ^e	43,4	24,1	16,1	3,0	-0,2
2009 ^e	43,1	24,1	16,1	3,1	0,2

^aAbgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — ^bEinschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern. — ^cAusschließlich Erbschaftsteuer; nach Abzug der EU-Steuern. — ^dDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) sind nicht als negative Ausgaben berücksichtigt. — ^ePrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

nochmals deutlich, aber die sonstigen – quantitativ weitaus wichtigeren – Ausgaben werden merklich steigen. So werden die Löhne im öffentlichen Dienst erstmals seit Jahren merklich

angehoben; auch dürfte der Personalbestand wieder erhöht werden. Außerdem werden die Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften (insbesondere in den Bereichen Verteidigung sowie Bildung und Forschung) aufgestockt; der Sachaufwand der Sozialversicherung (wie z.B. die Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung) wird merklich expandieren. Zudem werden angesichts der verbesserten Finanzlage des Staates die öffentlichen Investitionen sowie die Investitionszuschüsse (z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) ausgeweitet. Auch werden die Ausgaben für das Eltern- bzw. Erziehungsgeld weiter steigen. Ferner ist damit zu rechnen, dass zusätzliche Mittel im Bereich Kinderbetreuung eingesetzt und die Aufwendungen für Ausbildungsbeihilfen und für die Entwicklungshilfe beträchtlich erhöht werden. Überdies werden die Altersrenten zum 1. Juli 2008 deutlich angehoben (Boss et al. 2007b: 23). Ferner wird älteren Arbeitslosen mit einem Anspruch auf Arbeitslosengeld dieses über einen längeren Zeitraum gewährt, und es wird wohl ein Erwerbstätigenzuschlag für Beschäftigte, die trotz einer Wochenarbeitszeit von mehr als 30 Stunden einen niedrigen Lohn erhalten („vollzeitnah Beschäftigte“), eingeführt. Auch die Aufwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden deutlich aufgestockt. Schließlich ist damit zu rechnen, dass der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II stärker als gemäß der geltenden Regel, die eine Anpassung entsprechend der Anhebung der Altersrenten am 1. Juli 2008 vorsieht, erhöht wird und dass der Kreis derer, die einen so genannten Kinderzuschlag (anstatt des Sozialgeldes bei Bezug des Arbeitslosengeldes II) beanspruchen können, erweitert wird. Die über etliche Jahre hinweg geübte Ausgabendisziplin wird in den nächsten Monaten wohl weiter schwinden.

Die Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge insgesamt dürfte im Jahr 2008 abnehmen. Zwar wird die Lohnsteuerbelastung progressionsbedingt – sogar verstärkt – steigen; beträchtliche Steuermindereinnahmen (6 1/2 Mrd. Euro) sind aber infolge der Reform der Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung

zu erwarten.⁴ Der Beitragssatz in der Sozialversicherung insgesamt wird sinken. Der Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung wird zwar zum 1. Juli 2008 um 0,25 Prozentpunkte erhöht, der in der Arbeitslosenversicherung aber bereits am 1. Januar 2008 um 0,9 Prozentpunkte gesenkt; die Beitragssätze in den übrigen Zweigen der Sozialversicherung dürften konstant bleiben.

Im Jahr 2009 dürften die Ausgaben des Staates in kaum verändertem Tempo zunehmen. Wahrscheinlich werden die Löhne im öffentlichen Sektor (mit rund 2 1/2 Prozent) ähnlich stark wie im Jahr 2008 angehoben. Der Personalbestand wird wohl etwas beschleunigt zunehmen, die Investitionen dürften aber – nach dem starken Anstieg in den beiden Jahren zuvor – deutlich abgeschwächt ausgeweitet werden. Einzelne Transfers wie z.B. das Kindergeld werden angesichts der im Herbst 2009 anstehenden Bundestagswahl vermutlich erhöht. Auch andere konjunkturunabhängige Ausgaben werden wohl angesichts der relativ günstigen Finanzlage angehoben werden. Die Abgabenbelastung insgesamt wird sich voraussichtlich nicht ändern. Die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge dürfte – anders als im Jahr 2008 – nicht sinken. Nennenswerte Änderungen der Besteuerung sind nicht zu erwarten. Was die Einkommensteuersätze betrifft, so wäre es zwar angebracht, diese (direkt oder indirekt über eine Reduktion des Solidaritätszuschlags) zu verringern, um die sonst resultierenden heimlichen Steuererhöhungen zu vermeiden (vgl. hierzu Boss et al. 2008); wir halten aber die Wahrscheinlichkeit, dass dies erst im Jahr 2010 geschieht, für größer als die dafür, dass schon im Jahr 2009 nennenswerte Steuersatzsenkungen in Kraft treten werden.

⁴ Das Steueraufkommen insgesamt wird im Jahr 2008 vermutlich um nur rund 3 Prozent steigen. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten dürften in größerem Maße als im Jahr 2007 zu Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer führen.

Auslandsabsatz stockt

Nach einem schwachen ersten Halbjahr 2007, dessen Dynamik allerdings durch die statistische Verbuchung besonders vieler Lieferungen im vierten Quartal 2006 unterzeichnet ist, hat die Ausfuhr im dritten Quartal wieder Fahrt aufgenommen. Der Export erhöhte sich mit einer laufenden Jahresrate von 12,8 Prozent. Die Lieferungen in alle Regionen nahmen deutlich zu, wobei die in die OPEC-Länder und die in die Vereinigten Staaten besonders stark expandierten. Die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar machte sich hier noch nicht bemerkbar. Sehr kräftig stiegen abermals die Ausfuhren in jene europäischen Länder, die nicht der EU angehören.

Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürfte der Export etwa ebenso rasch ausgeweitet worden sein wie im Quartal zuvor. Zwar hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen in den vergangenen Monaten verschlechtert. Dies wirkt sich jedoch erfahrungsgemäß erst mit einer Verzögerung von einem Quartal spürbar aus. Wichtiger für die Entwicklung am aktuellen Rand ist der hohe Bestand an Auslandsorders, die vor allem in der ersten Jahreshälfte deutlich zugenommen hatten und nun verstärkt zu Ausfuhren führen werden – selbst wenn man in Rechnung stellt, dass es sich bei einem Teil des Auftragsbestands um Großaufträge handelt, die erst mit längerer Verzögerung produktionswirksam werden.

Für 2008 deuten die vorlaufenden Indikatoren auf eine merkliche Abschwächung der Exportkonjunktur hin. Zwar sind die Auftragseingänge aus dem Ausland zuletzt wieder gestiegen. Die Exporterwartungen haben sich jedoch merklich verschlechtert. Auch ist der Vertrauensindikator für die wichtigsten Handelspartnerländer, der sich aus der Gewichtung der nationalen Unternehmensvertrauensindikatoren mit den Anteilen am deutschen Export ergibt (Kasten 1), zuletzt merklich gesunken, wenn auch nicht so stark wie die Exporterwartungen. All dies deutet auf eine schwache Entwicklung der Exporte in der ersten Jahreshälfte 2008 hin. Auch im weiteren Jahresverlauf dürfte die

Exportdynamik vor dem Hintergrund einer nur verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Expansion im übrigen Euroraum und einer nahezu stagnierenden Produktion in den Vereinigten Staaten gering bleiben, zumal auch der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit weiter dämpfend wirkt. Allerdings dürfte die Abarbeitung der Auftragsbestände einen deutlichen Einbruch der Lieferungen ins Ausland verhindern. Für den Jahresdurchschnitt 2008 erwarten wir eine Zunahme der Ausfuhr um 4,2 Prozent, nach 8,7 Prozent im laufenden Jahr. Im Jahr 2009 dürften die Exporte dann mit der Belebung der Weltkonjunktur bei den allmählich entfallenden Bremseffekten durch die verschlechterte preisliche Wettbewerbsfähigkeit wieder etwas mehr Fahrt aufnehmen. Im Jahresdurchschnitt werden die Exporte dann voraussichtlich um 4,8 Prozent steigen.

Die Einfuhr hat sich im dritten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 16,7 Prozent erhöht, nachdem sie im Quartal zuvor um knapp 7 Prozent gefallen war. Für das Schlussquartal erwarten wir eine ähnlich rasante Zunahme, denn sowohl die Ausrüstungsinvestitionen als auch der Export werden voraussichtlich rascher zulegen als im Vorquartal und der private Verbrauch weiter spürbar zunehmen. Für den Durchschnitt des Jahres 2007 ergibt sich voraussichtlich ein Importzuwachs um 6,8 Prozent. Im Verlauf des Jahres 2008 wird die Einfuhr durch die konjunkturelle Abschwächung gedämpft; sowohl die Binnennachfrage als auch die Exporte werden wohl spürbar langsamer steigen als im laufenden Jahr. Erst wenn sich im Jahr 2009 die gesamtwirtschaftliche Dynamik wieder erhöht und auch vom Export wieder mehr Impulse kommen, werden die Importe wieder etwas rascher steigen. Für die Jahre 2008 und 2009 erwarten wir jahresdurchschnittliche Zuwächse von 4,7 und 5,2 Prozent.

Die Einfuhrpreise sind im zurückliegenden Quartal etwas gefallen. Dem Anstieg des Ölpreises standen die effektive Aufwertung des Euro sowie ein Rückgang der Preise für nichtenergetische Rohstoffe gegenüber. Modellrechnungen zeigen, dass eine Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um einen bestimmten Prozentsatz den Deflator der Einfuhr im laufenden

Kasten 1:

Frühindikatoren für die Ausfuhr

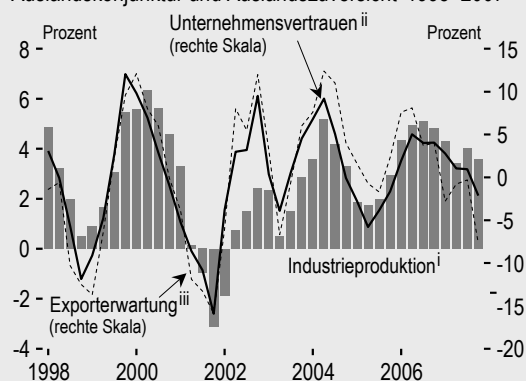
Die Prognose der Ausfuhr wird aus der Prognose für die Weltwirtschaft sowie der Annahme hinsichtlich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit abgeleitet. Für den Beginn des Prognosezeitraums gehen in die geschätzte Ausfuhrdynamik aber weitere Informationen ein, die ggf. zu einer kurzfristigen Abweichung zwischen der prognostizierten Entwicklung und jener, die durch die weltwirtschaftliche Dynamik und die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit nahegelegt wird, führen. Diese Informationen werden aus Frühindikatoren abgeleitet. Hier sollen drei wichtige Frühindikatoren für die Ausfuhr näher untersucht werden, nämlich das Volumen der Bestellungen aus dem Ausland, die vom ifo Institut erhobenen Exportwartungen und ein neuer Indikator, der auf Angaben zur Zuversicht der Unternehmen in den wichtigsten Abnehmerländern basiert.

Von diesen Indikatoren steht das Volumen der Auslandsbestellungen in der engsten sachlichen Verbindung zum Export. Da – zumindest im Warenbereich – jeder Lieferung eine Bestellung voraus gehen dürfte, ist ein zeitlicher Vorlauf des Indikators gewährleistet. Zwar werden nur die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe erhoben, im Jahr 2005 entfielen auf diesen Wirtschaftszweig aber 85,5 Prozent des gesamten Exports. Zudem dürfte die Entwicklung in diesem Bereich Einfluss auf die Exportdynamik anderer Wirtschaftsbereiche haben (z.B. Transport, unternehmensnahe Dienstleistungen etc.). Ein Nachteil dieses Indikators ist, dass die zuerst veröffentlichten Daten häufig noch spürbar revidiert werden. Außerdem kann die Statistik durch Großaufträge verzerrt sein, die erst mit erheblicher Verzögerung zu entsprechenden Lieferungen führen. Schließlich sind Daten für den Prognosezeitraum erst relativ spät verfügbar; die Werte für den ersten Monat des Prognosezeitraums stehen typischerweise erst etwa 16 Tage nach Veröffentlichung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Vorquartal zur Verfügung.

Deutlich rascher verfügbar sind die Exporterwartungen, die aus Umfragen unter Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe hinsichtlich ihrer Ausfuhr in den kommenden drei Monaten ermittelt werden. Sie sind in der Regel drei bis vier Tage nach Veröffentlichung der Quartalsergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verfügbar, und zwar jeweils schon für den zweiten Monat des Prognosezeitraums. Zudem werden die Ursprungsdaten nicht revidiert. Gegen Umfragedaten wird zuweilen eingewandt, dass sie nur Stimmungen einfangen und dass diese nicht unbedingt mit den „harten Fakten“ übereinstimmen müssen.

Theoretisch lässt sich gegen diese Kritik kaum etwas einwenden. Empirisch ist sie allerdings wenig stichhaltig. Dies zeigt sich auch an dem neuen von uns zusammengestellten Indikator. Er wird berechnet als gewogenes Mittel der Umfragedaten zur Zuversicht in der Industrie in insgesamt 41 Ländern, wobei als Gewichte, ähnlich wie bei der Konstruktion unseres Indikators für die Industriekonjunktur im Ausland, die Anteile der Länder am deutschen Warenexport im Durchschnitt der vergangenen zwei Jahre verwendet werden. Es lässt sich zeigen, dass dieser Indikator eine sehr hohe Korrelation mit dem Indikator zur Industrieproduktion im Ausland aufweist (Abbildung K1-1); stellt man bei beiden Indikatoren auf Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ab, so liegt die maximale Kreuzkorrelation über den Zeitraum von 1992Q1 bis 2007Q3 bei einem Vorlauf von einem Quartal, mit einem Koeffizienten von 0,78. Der entsprechende Koeffizient beträgt für die Exporterwartungen 0,71. Dies ist plausibel, denn die Exporterwartungen dürften zwar maßgeblich von der Auslandskonjunktur beeinflusst werden, jedoch nicht allein von ihr. Am aktuellen Rand haben sich die Exporterwartungen beispielsweise deutlicher eingetrübt als die Unternehmenszuversicht im Ausland, da neben der absehbaren Abschwächung der Auslandskonjunktur die Aufwertung des Euro auf den Perspektiven für die Ausfuhr lastet.

Abbildung K1-1:
Auslandskonjunktur und Auslandszuversichtⁱ 1998–2007



ⁱIn 46 Handelspartnerländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ⁱⁱIn 41 Handelspartnerländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — ⁱⁱⁱVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: IMF (lfd. Jgg.); OECD (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Welche Vorlaufeigenschaften weisen die Indikatoren gegenüber dem Export auf? Um dieser Frage nachzugehen, berechnen wir wiederum Kreuzkorrelationen. Abermals wird auf Vorjahresvergleiche abgestellt. Es zeigt sich, dass alle drei Indikatoren ihre maximale Kreuzkorrelation bei einem Vorlauf von einem Quartal aufweisen (Tabelle K1-1). Sehr hoch ist diese mit 0,87 bei der Veränderung der Auftragseingänge aus dem Ausland. Die Korrelationskoeffizienten der Exporterwartungen und der Auslandszuversicht sind mit 0,55 bzw. 0,56 deutlich niedriger.

Darüber hinaus weist der Anstieg der Auftragseingänge kontemporär mit 0,84 eine nahezu ähnlich hohe Korrelation mit dem Exportzuwachs auf wie bei einem Vorlauf von einem Quartal. Insofern kann, wenn zusätzlich noch Informationen über das laufende Quartal vorliegen, die Prognose weiter verbessert werden. Dies wird jedoch durch die relativ späte Veröffentlichung der Auftragseingangsdaten erschwert. Immerhin kann eine Exportprognose, die mehr als 16 Tage nach Publikation der quartalsweisen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erstellt wird, die Daten für den ersten Monat des Prognosezeitraums verwenden. Außerdem stehen dann die Umfragedaten bis zum zweiten Monat zur Verfügung und können zusätzliche wertvolle Informationen liefern.

Tabelle K1-1:

Kreuzkorrelationen zwischen dem Exportanstieg gegenüber dem Vorjahr und den Frühindikatorenⁱ

Vorlauf in Quartalen	Auslandsaufträge ⁱⁱ	Export-erwartungen ⁱⁱⁱ	Auslandszuversicht ⁱⁱⁱ
0	0,84	0,45	0,50
1	0,87	0,55	0,56
2	0,75	0,45	0,42
3	0,61	0,18	0,21

ⁱStützzeitraum 1992Q1 bis 2007Q3. — ⁱⁱRelative Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — ⁱⁱⁱAbsolute Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

sowie im darauffolgenden Quartal etwa dreimal stärker dämpft, als ihn ein prozentual gleich starkes Anziehen des Weltmarktpreises für Rohöl erhöht. Eine Veränderung der Preise für nichtenergetische Rohstoffe hat von der Größenordnung her im laufenden Quartal etwa denselben Effekt wie der US-Dollar/Euro-Kurs, in den Folgequartalen allerdings nur noch geringfügige Wirkungen (Kasten 2). Im Schlussquartal des laufenden Jahres dürfte der Weltmarktpreis für Rohöl um etwa 15 Prozent über seinem Stand im Vorquartal liegen, während der Euro seinen Vorquartalsstand gegenüber dem Dollar um 4 Prozent übersteigt und die Preise für nichtenergetische Rohstoffe um knapp 3 Prozent gefallen sind. Die Tendenz sinkender Importpreise dürfte somit in abgeschwächter Form anhalten. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Rückgang des Importdeflators um 0,4 Prozent. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird sich der leichte Rückgang des Importdeflators zunächst fortsetzen. Zwar verharren unseren Annahmen zufolge der Ölpreis und der US-Dollar/Euro-Kurs auf ihren zuletzt beobachteten Werten von 90 Dollar bzw. einem Kurs von 1,46. Der per saldo preisdämpfende Effekt der Aufwertung des Euro wird aber noch bis zum Ende des

kommenden Jahres spürbar sein. Erst für das Jahr 2009 erwarten wir ein Ende der Preisrückgänge. Jahresdurchschnittlich fallen die Importpreise im Jahr 2008 um 0,7 Prozent und im Jahr 2009 um 0,1 Prozent. Die Exportpreise werden im kommenden Jahr kaum mehr als stagnieren, weil die Eintrübung der Weltkonjunktur die Preisüberwälzungsspielräume begrenzt. Mit der Erholung der Weltwirtschaft werden sie im Jahr 2009 geringfügig zulegen. Im Jahresdurchschnitt werden sie im Jahr 2009 um 0,3 Prozent steigen, nach einem Rückgang um 0,1 Prozent im Jahr 2008 und einem Anstieg um 0,4 Prozent im laufenden Jahr. Die Terms of Trade verbessern sich damit 2007 und 2008 deutlich (+0,8 bzw. +0,6 Prozent) und 2009 leicht (+0,4 Prozent).

Deutschland: Gegenwind für Konjunktur und Potentialwachstum

Kasten 2:

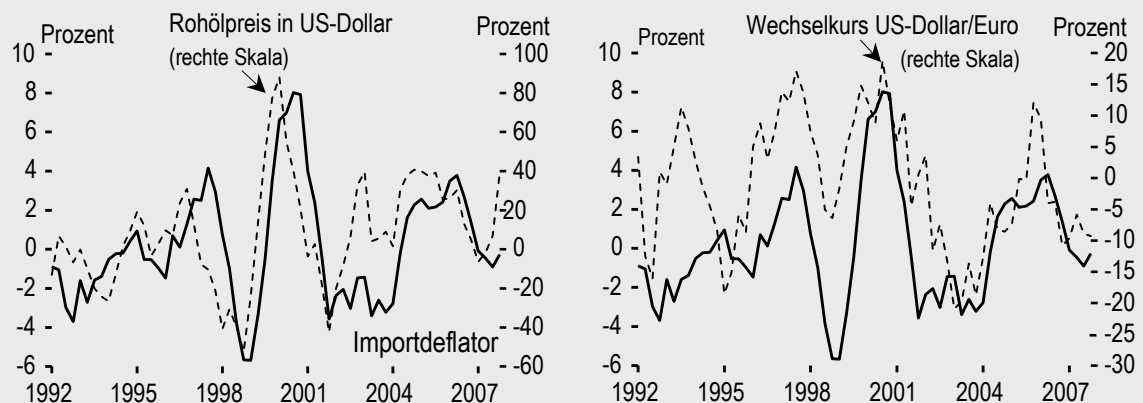
Zu den Bestimmungsgründen des Deflators der Einfuhr

Der Deflator der Einfuhr unterliegt deutlich größeren Schwankungen als die übrigen Deflatoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und stellt die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor besondere Herausforderungen. Fehler bei der Prognose des Importdeflators implizieren in der Regel eine Fehleinschätzung der Terms of Trade und damit der zu erwartenden Veränderung des Realeinkommens. Dies hat Rückwirkungen auf die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der Beschäftigung. Kenntnisse der Determinanten des Deflators und ihrer Wirkungen können somit nicht nur Prognosefehler bezüglich der Preisentwicklung, sondern auch hinsichtlich des realen Bruttoinlandsprodukts und der Beschäftigung verhindern helfen.

Maßgeblich für das kräftige Auf und Ab des Einfuhrdeflators sind zum einen Veränderungen bei den Wechselkursen, zum anderen Schwankungen der Rohstoffpreise, vor allem der Preis für Energieträger (Abbildung K2-1). Zwar machten die Importe von Erdöl und Erdgas sowie von Mineralölprodukten, Kokereierzeugnissen und Spalt- und Brutstoffen 2005 nur etwa 11 Prozent der gesamten Einfuhr aus. Durch die hohe Volatilität ihrer Preise haben sie gleichwohl großen Einfluss auf die Entwicklung des Einfuhrdeflators. Die Volatilität des wichtigsten Wechselkurses, des US-Dollar/Euro-Kurses, ist im Vergleich zu der des Weltmarktpreises für Rohöl deutlich geringer. Allerdings werden neben Importen aus dem Dollar-Raum auch nahezu alle Rohstoffe in US-Dollar abgerechnet; Wechselkursveränderungen betreffen insofern ein breites Spektrum von Gütern und können ggf. den Einfluss von Rohstoffpreisänderungen noch verstärken oder aber mildern.

Abbildung K2-1:

Importdeflator und Ölpreis bzw. Euro/Dollar-Kursⁱ 1992–2007



ⁱVeränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Um den relativen Einfluss von Wechselkursen und Rohstoffpreisen auf den Deflator der Einfuhr sowie die Dynamik der Wirkungen einschätzen zu können, verwenden wir die folgende Gleichung, deren Parameter anhand von Quartalsdaten von zweitem Quartal 1992 bis zum zweitem Quartal 2007 geschätzt wurden (heteroskedastie-robuste t -Statistiken in Klammern, R^2 : 0,77, Residuen frei von Autokorrelation):

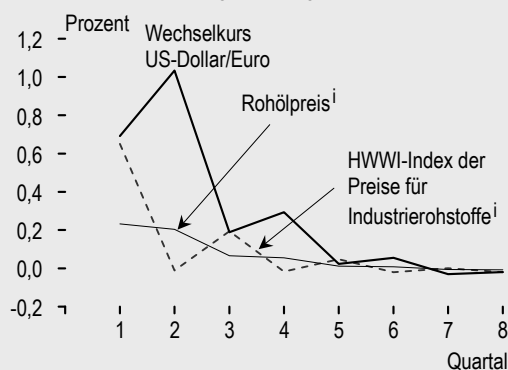
$$\begin{aligned} \Delta p_t^m = & 0,297 \Delta p_{t-2}^m + 0,024 \Delta p_t^{\text{ÖL}} + 0,020 \Delta p_{t-1}^{\text{ÖL}} \\ & - 0,073 \Delta e_t^{\$/\text{€}} - 0,106 \Delta e_{t-1}^{\$/\text{€}} + 0,063 \Delta p_t^{\text{IND}} \\ & (4,05) \quad (4,73) \quad (3,88) \\ & (5,20) \quad (7,52) \quad (6,50) \end{aligned}$$

Dabei bezeichnet p^m den natürlichen Logarithmus des Deflators der Einfuhr, $p^{\text{öl}}$ den Logarithmus des Rohölpreises (Brent) in US-Dollar, $e^{\$/\text{€}}$ den Logarithmus des US-Dollar/Euro-Kurses und p^{Ind} den Logarithmus des HWWI-Preisindex für Industrierohstoffe, der aufgenommen wurde, um die Preisentwicklung bei den nichtenergetischen Rohstoffen zu berücksichtigen; Δ bezeichnet eine Veränderung zum Vorquartal.

Die geschätzten Koeffizienten implizieren, dass nach einer zehnprozentigen Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar die Veränderungsrate des Importdeflators im laufenden Quartal um 0,73 Prozentpunkte, im Folgequartal um 1,06 Prozentpunkte und in den beiden Quartalen danach immer noch um etwa 0,25 Prozentpunkte über der Referenzlösung liegt (Abbildung K2-2). Langfristig, d.h. über alle Quartale, die von der Wechselkursänderung betroffen sind, liegt der Anstieg des Importdeflators um 2,3 Prozentpunkte über der Rate ohne Wechselkursänderung. Der Effekt eines Ölpreisanstiegs in gleicher Größenordnung beträgt in den ersten beiden Quartalen 0,24 bzw. 0,20 Prozentpunkte, danach macht er maximal noch einen halben Prozentpunkt aus; langfristig ergibt sich ein Effekt von knapp 0,7 Prozentpunkten. Ein Anstieg der Preise für Industrierohstoffe kommt mit 0,63 Prozent im laufenden Quartal sowie 0,2 im dritten Quartal nach dem Schock nahe an die Wirkung des Wechselkurses, hat aber in den übrigen Quartalen kaum Wirkungen auf den Anstieg des Importdeflators; der Langfristeffekt liegt in der Größenordnung des Ölpreiseffekts.

Alles in allem zeigt sich, dass der Wechselkurseffekt auf die Importpreise für sich genommen mehr als dreimal so hoch ist wie die Effekte der Rohstoffpreise. Allerdings war die Volatilität des Rohölpreises in den vergangenen zehn Jahren, gemessen an der Standardabweichung der quartalsweisen Veränderungen, reichlich dreimal so ausgeprägt wie die des US-Dollar/Euro-Kurses. Insofern lässt sich sagen, dass die Schwankungen des US-Dollar-Kurses und die des Weltmarktpreises für Rohöl in ähnlichem Maße für die Schwankungen des Deflators der Einfuhr verantwortlich waren.

Abbildung K2-2:
Dynamische Reaktion der Veränderung des Deflators der Importe auf Veränderungen wichtiger Determinantenⁱ



ⁱAuf Dollarbasis. Veränderung des Deflators bei einer Veränderung der jeweiligen Determinanten um 10 Prozent.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Binnenkonjunktur trübt sich nur leicht ein

Die *Unternehmensinvestitionen* sind im dritten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 3,2 Prozent gestiegen. Während die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern nur verhalten ausgeweitet wurde, stiegen die gewerblichen Bauinvestitionen und vor allem die Investitionen in sonstige Anlagen kräftig. Für das vierte Quartal erwarten wir vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen eine deutliche Beschleunigung, denn mit Beginn des kommenden Jahres gelten für Ausrüstungsgüter ungünstigere Abschreibungsregeln, so dass es profitabel ist, Investitionen, die ohnehin für die nähere Zukunft geplant sind,

schon im laufenden Jahr zu realisieren. Im kommenden Jahr fehlen die vorgezogenen Käufe dann allerdings. Dies ist ein Grund, warum die Investitionsdynamik wohl geringer ausfallen wird. Wichtiger ist, dass sich mit der Abschwächung der Weltkonjunktur die Absatzexpectationen etwas verschlechtern und dass die Ertragslage durch höhere Löhne belastet wird. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung ist jedoch ein Einbruch der Unternehmensinvestitionen nicht wahrscheinlich. Mit dem Anziehen der Weltkonjunktur im Jahr 2009 werden die Unternehmensinvestitionen dann wieder etwas rascher ausgeweitet. Voraussichtlich erhöhen sich die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2007 um 8,7 Prozent, im Jahr 2008 um 3,0 Prozent und im Jahr 2009 um 3,2 Prozent (Tabelle 3).

Tabelle 3:

Reale Anlageinvestitionen 2006–2009 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2006	2007 ^a	2008 ^a	2009 ^a
Anlageinvestitionen	6,1	5,4	1,7	1,8
Unternehmensinvestitionen	6,3	8,7	3,0	3,2
Ausrüstungen	8,3	8,5	2,5	3,4
Sonstige Anlagen	6,7	6,1	5,6	5,6
Wirtschaftsbau	4,0	4,2	3,6	1,7
Wohnungsbau	4,3	1,0	-1,4	-1,3
Öffentlicher Bau	4,9	8,7	2,6	2,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	4,3	3,0	0,7	0,1

^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Die Aussichten für die *Wohnungsbauinvestitionen* sind weniger günstig – darüber kann auch der Anstieg im dritten Quartal um 0,9 Prozent (laufende Jahresrate) nicht hinwegtäuschen. Die Auftragseingänge im Wohnungsbau befinden sich weiterhin im Sinkflug; der entsprechende Index steht nur noch knapp über der Marke von 50 und impliziert, dass sich das Auftragsvolumen gegenüber seinem Basisjahr 2000 nahezu halbiert hat. Auch die Baugenehmigungen liegen, trotz der leichten Aufwärtstendenz seit dem Frühjahr, immer noch unter ihrem Stand vom Ende vergangenen Jahres. Im Durchschnitt des laufenden Jahres dürften die Wohnungsbauinvestitionen allerdings mit einem Plus abschließen (1 Prozent); hier wirkt sich der kräftige Schub zu Jahresbeginn aus, der mit der Mehrwertsteuererhöhung zusammenhing. Entscheidend für die Entwicklung im Prognosezeitraum ist, dass es zwischen 2005 und 2007 in erheblichem Maße zu Vorzieheffekten beim Wohnungsbau gekommen ist, die sich nun dämpfend auswirken. Daher werden der etwas raschere Anstieg der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und das alles in allem niedrige Niveau der Hypothekenzinsen kaum zu kräftigeren Wohnungsbauinvestitionen führen. Allerdings wird sich die Wohnraumsanierung beschleunigt fortsetzen, zum einen, weil die hohen Energiekosten

dies profitabel erscheinen lassen, zum anderen, weil die staatliche Förderung hierfür intensiviert wird. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2008 um 1,4 und im Jahr 2009 um 1,3 Prozent abnehmen.

Die *Bauinvestitionen des Staates* dürften im Jahr 2007 um 8,7 Prozent ausgeweitet worden sein. Sie werden in den Jahren 2008 und 2009 wohl verlangsamt expandieren, nachdem viele der in den vergangenen Jahren unterlassenen Investitionen im Infrastrukturbereich nachgeholt worden sind. Im gesamten Prognosezeitraum wird sich das Programm der KfW, das die energetische Sanierung kommunaler Gebäude subventioniert, positiv auf die Expansion der öffentlichen Bauinvestitionen auswirken; auch die Investitionen in Kindertagesstätten werden – angeregt durch die Förderung des Bundes – deutlich aufgestockt werden.

Das Niveau der *privaten Konsumausgaben* wird weiter durch die Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn gedrückt. Nach einem Anstieg mit einer laufenden Jahresrate von 2,2 Prozent im dritten Quartal übertraf das Ausgabenniveau nunmehr immerhin seinen Stand vom Vorjahr, wenn auch mit 0,2 Prozent nur geringfügig. Für das Jahresende 2007 erwarten wir eine ähnlich starke Zunahme des privaten Verbrauchs wie im dritten Quartal. Zwar dämpfen die deutlich angezogenen Energiekosten die Ausgaben. Dem steht aber eine raschere Einkommensexpansion infolge des fortgesetzt kräftigen Beschäftigungsaufbaus gegenüber. Im Jahresdurchschnitt 2007 werden die privaten Konsumausgaben um 0,2 Prozent unter ihrem Niveau im Jahr 2006 liegen.

Vor dem Hintergrund kräftig steigender real verfügbarer Einkommen der privaten Haushalte werden die privaten Konsumausgaben im Prognosezeitraum weiter spürbar ausgeweitet. Die Bruttolöhne und -gehälter werden im Jahr 2008 mit 4,0 Prozent trotz des konjunkturell bedingt langsameren Beschäftigungsaufbaus rascher steigen als im Jahr 2007, da die Effektivlöhne stärker anziehen als im Vorjahr. Netto ergibt sich immerhin noch ein Plus von 3,9 Prozent, da der Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung ab Jahresmitte sowie der

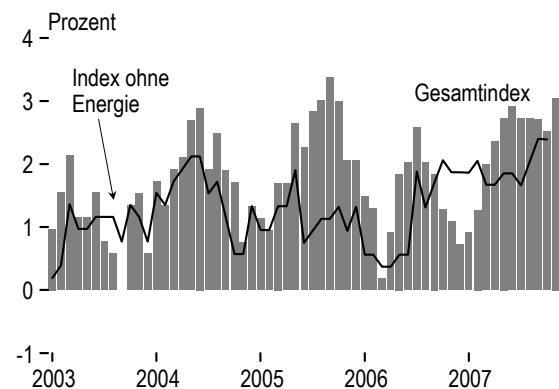
stärkeren Steuerprogression die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 4,2 auf 3,3 Prozent zum Jahresbeginn entgegen steht. Stimuliert wird das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte auch dadurch, dass die Altersrenten im Juli deutlich angehoben werden. Bei in etwa im selben Ausmaß wie im Vorjahr steigenden Gewinneinkommen werden die verfügbaren Einkommen im Jahr 2008 um 4,0 Prozent steigen und damit um 1,8 Prozentpunkte stärker als 2007. Die Sparquote, die mit der Kaufzurückhaltung nach der Mehrwertsteuererhöhung Anfang 2007 auf 10,9 Prozent kletterte, wird wohl auf 10,7 Prozent sinken. Für die privaten Konsumausgaben ergibt sich im Jahresdurchschnitt eine reale Zunahme um 2,2 Prozent.

Mit der konjunkturellen Erholung dürfte die Ausweitung der Erwerbstätigkeit im Verlauf des Jahres 2009 wieder etwas Fahrt aufnehmen. Entsprechend ist dann wieder mit einer stärkeren Expansion der real verfügbaren Einkommen zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg der real verfügbaren Einkommen einen halben Prozentpunkt hinter dem des Vorjahres zurückbleiben. Hier wirkt sich die im Jahresdurchschnitt geringere Ausweitung der Beschäftigung aus; die Löhne werden hingegen sogar noch etwas rascher steigen als im Vorjahr. Die privaten Konsumausgaben dürften 2009 bei leicht fallender Sparquote um 1,1 Prozent zulegen.

Verbraucherpreisanstieg lässt nach

Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus hat sich in den vergangenen Monaten abermals beschleunigt. So zogen die Lebenshaltungskosten im September und im Oktober saisonbereinigt um jeweils 0,3 Prozent an; im November legten sie sogar um 0,5 Prozent zu. Auch die Verbraucherpreise ohne Energie zogen nach einer Verlangsamung in den Sommermonaten zuletzt wieder an (Abbildung 4). Hier macht sich vor allem die starke Verteuerung bei Nahrungsmitteln bemerkbar. Im Oktober stiegen die Nah-

Abbildung 4:
Verbraucherpreisanstieg 2003–2007^{a,b}



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

rungsmittelpreise gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um rund 2 Prozent. Bei einem Gewicht von rund 10 Prozent im Verbraucherpreisindex ergibt sich für Oktober ein Beitrag allein der Nahrungsmittelpreise für den Anstieg der Lebenshaltungskosten von rund 0,2 Prozentpunkten. Konjunkturell bedeutsam dürfte sein, dass die starke Anhebung der Nahrungsmittelpreise die Inflationswahrnehmung und -erwartungen der Haushalte offenbar erheblich bestimmt.⁵ Dies könnte zum einen zu einem Abweichen der langfristigen Inflationserwartungen von der Zielrate der EZB führen; zum anderen könnte sich über die schwächer eingeschätzte Entwicklung der Realeinkommen ein dämpfender Effekt auf das Konsumverhalten ergeben.

Für den Prognosezeitraum unterstellen wir einen konstanten Ölpreis von 90 US-Dollar und einen Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,46. Der starke Ölpreisanstieg der vergangenen Monate dürfte sich gerade am Anfang des Prognosezeitraums preistreibend auswirken, wobei allerdings der Effekt durch die gleichzeitige Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar abgeschwächt wird. Vonseiten der Importpreise gehen in den nächsten

⁵ Vgl. EZB (2007: Box 4) oder Deutsche Bundesbank (2007b: 56–57).

Quartalen leicht dämpfende Einflüsse auf den Preisauftrieb aus. Auch der Auftrieb der Nahrungsmittelpreise dürfte sich im Prognosezeitraum verlangsamen, wenngleich es vermutlich noch vereinzelt zu kräftigen Preiserhöhungen kommen wird. Zwar hat sich das Preisniveau für Agrarrohstoffe in den vergangenen Jahren durch veränderte Nachfragebedingungen strukturell erhöht. Allerdings ist nicht von dauerhaft steigenden Rohstoffpreisen auszugehen, auch weil ein großer Teil der Preisanstiege der jüngsten Zeit auf temporäre Angebotsknappheiten zurückzuführen ist (vgl. OECD 2007).

Die vorübergehende binnenwirtschaftliche Konjunkturabschwächung dürfte im kommenden Jahr die Preisüberwälzungsspielräume der Firmen verringern. Allerdings führt die verbesserte Arbeitsmarktlage zu tendenziell höheren Tarifabschlüssen und zu einer steigenden Lohn-drift; so werden die nominalen Lohnstückkosten im Jahresdurchschnitt um 1,7 Prozent anziehen, nachdem sie im laufenden Jahr um nur 0,4 Prozent steigen dürften. Für das Jahr 2009 rechnen wir sogar mit einem rascheren Anstieg der Lohnstückkosten um 2,0 Prozent im Jahresdurchschnitt. Aus diesem Grund beschleunigt sich der Preisauftrieb im Verlauf wieder etwas, nach einer Beruhigung durch die dämpfenden außenwirtschaftlichen Einflüsse im Jahr 2008.

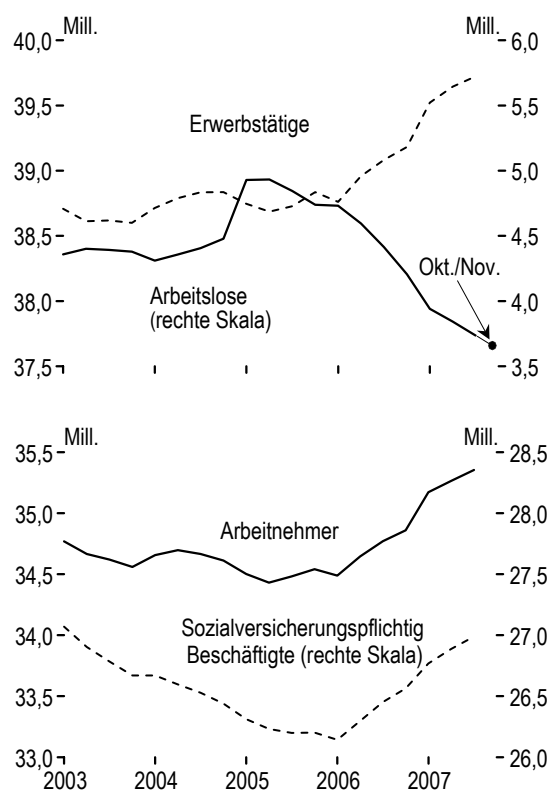
Die Inflationsrate (Vorjahresvergleich) dürfte in den nächsten Monaten noch bei rund 3 Prozent liegen; dies impliziert, dass die Inflationsrate nach dem für die EZB relevanten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) weiterhin sogar mehr als 3 Prozent betragen wird. Die Inflationsrate dürfte aber durch wegfallende Basiseffekte (Umsatzsteueranhebung Anfang diesen Jahres, Einführung von Studiengebühren) und die oben beschriebenen Faktoren zur Mitte nächsten Jahres wieder unter 2 Prozent sinken. Insgesamt steigen die Verbraucherpreise im laufenden Jahr wohl um 2,1 Prozent gegenüber dem Jahr 2006. Für das Jahr 2008 rechnen wir mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2 Prozent, wobei hier der statistische Überhang aus dem aktuellen Jahr mit 1,5 Prozentpunkten zu Buche schlägt. Für das

Jahr 2009 erwarten wir eine Inflationsrate von 1,9 Prozent.

Beschäftigungsaufschwung setzt sich verlangsamt fort

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt hat sich weiter gefestigt (Abbildung 5). Während die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal leicht abgeschwächt zunahm (+98 000), verzeichnete die Arbeitslosigkeit einen etwas stärkeren Rückgang (-106 000) als im Vorquartal. Die Differenz erklärt sich vor allem mit einem Rückgang des Arbeitsangebots. Die Arbeitslosenquote betrug im November nur noch 8,6 Pro-

Abbildung 5:
Arbeitsmarkt 2003–2007^a



^aSaisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3, Inlandsproduktsberechnung* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.).

zent und lag damit um knapp 30 Prozent unter ihrem Höchststand vom März 2005 (12,1 Prozent). Im dritten Quartal stieg insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter an (+101 000). Die Zunahme fiel zwar schwächer aus als im Vorquartal, allerdings war im zweiten Quartal auch die geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gestiegen, welche im dritten Quartal konstant blieb. Hingegen war die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten wie auch im zweiten Quartal leicht rückläufig (-5 000). Aufgrund der guten Konjunktur haben offenbar in beträchtlichem Umfang bisher geringfügig Beschäftigte ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis gefunden. Die Zahl der Selbständigen nahm wie im Vorquartal leicht zu. Die Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen blieb im dritten Quartal annähernd konstant, so dass das geleistete Arbeitsvolumen ähnlich stark wie die Erwerbstätigkeit zunahm.

In der Tarifrunde 2008 stehen in bedeutenden Bereichen Tarifverhandlungen an. So laufen zum Jahresende 2007 im öffentlichen Dienst und im Frühjahr in vielen regionalen Bereichen der Chemieindustrie die Tarifverträge aus, im weiteren Jahresverlauf dann auch im Bankengewerbe (Juni) und in der Metall- und Elektroindustrie (Oktober).⁶ Außerdem läuft Ende Januar in mehreren Regionen der Eisen- und Stahlindustrie der Tarifvertrag aus; für die neue Tarifrunde fordert die Gewerkschaft IG Metall 8 Prozent höhere Einkommen. Zwar ist die Anzahl der hiervon betroffenen Mitarbeiter aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gering, die im Vergleich zur vergangenen Tarifrunde höhere Forderung dürfte jedoch exemplarisch für andere Bereiche sein. Für den öffentlichen Dienst erwarten wir einen Anstieg der tariflichen Stundenlöhne von 2,5 Prozent und für die Metall- und Elektroindustrie einen Anstieg von 3,0 Prozent im Jahresdurchschnitt 2008. Für die Gesamtwirtschaft rechnen wir mit einer Zunahme um 2,6 Prozent, nach 1,7 Prozent im laufenden Jahr. Vor allem wegen der besseren Konjunktur werden die Effektivlöhne in noch

stärkerem Maß steigen. Gleichzeitig wird die Belastung durch Arbeitgeberbeiträge im Jahr 2008 zurückgehen. Während die Arbeitgeberbeiträge zur Pflegeversicherung im Juli 2008 um 0,125 Prozentpunkte zunehmen, werden zum Jahresbeginn 2008 die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,45 Prozentpunkte gesenkt. Damit ergibt sich vor dem Hintergrund eines Preisanstiegs um 1,4 Prozent (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts) eine Zunahme der realen Arbeitskosten je Stunde um 1 Prozent. Bei einem trendmäßigen Produktivitätsanstieg von 1,5 Prozent wird die Beschäftigung von dieser Seite weiter angeregt.

Für das Jahr 2009 rechnen wir mit einem stärkeren Anstieg der Tariflöhne, zum einen weil sich die konjunkturelle Dynamik im Jahresverlauf erhöhen wird, zum anderen weil der Druck der Arbeitnehmer in den Tarifverhandlungen zunehmen wird. Dies wird nicht zuletzt begünstigt durch die Erhöhung der Lohnersatzleistungen (in Form einer längeren Bezugsdauer für ältere Arbeitslose), außerdem werden die Lohnforderungen auch vor dem Hintergrund anziehender Verbraucherpreise höher ausfallen. Des Weiteren dürften in weiteren Branchen Mindestlöhne (über Allgemeinverbindlicherklärungen oder über eine Ausweitung des Entsendegesetzes) eingeführt werden. Dadurch dürften die Effektivlöhne noch stärker steigen, da dann eine Beschäftigung zu geringeren Löhnen auch in den bis dahin nicht tarifgebundenen Unternehmen nicht mehr möglich ist. Alles in allem dürften sich die Arbeitskosten pro Stunde im Jahr 2009 um 3,2 Prozent erhöhen, real wird die Zunahme bei 1,5 Prozent liegen und damit erstmals seit mehreren Jahren nicht mehr unter der Rate des trendmäßigen Produktivitätsanstiegs.

Im Jahr 2008 wird die Zahl der Erwerbstätigen um 1,2 Prozent (knapp 470 000 Personen) und damit schwächer als im laufenden Jahr zunehmen (Tabelle 4). Dieser Zuwachs wird weitgehend von einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen, die um 1,5 Prozent (knapp 400 000 Personen) steigen dürfte. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten sowie die Zahl der Selbständigen werden,

⁶ Vgl. zu den Kündigungssterminen WSI-Tarifarchiv (2007).

Deutschland: Gegenwind für Konjunktur und Potentialwachstum

Tabelle 4:
Arbeitsmarkt 2006–2009 (1 000 Personen)

	2006	2007 ^a	2008 ^a	2009 ^a
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	56 001	56 919	57 574	57 818
Erwerbstätige (Inland)	39 088	39 761	40 229	40 429
Selbständige ^b	4 392	4 447	4 494	4 534
Davon gefördert ^{c,d}	299	240	264	304
Arbeitnehmer (Inland)	34 696	35 314	35 735	35 895
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^d	26 366	26 938	27 334	27 468
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte ^d	4 819	4 850	4 899	4 932
Pendlersaldo	82	67	69	78
Erwerbstätige (Inländer)	39 006	39 694	40 160	40 351
Arbeitnehmer (Inländer)	34 614	35 247	35 666	35 817
Registrierte Arbeitslose	4 487	3 782	3 286	3 087
Arbeitslosenquote ^e (Prozent)	10,8	8,9	7,7	7,3
Erwerbslosenquote ^{f,g}	9,8	8,3	7,4	7,1

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cExistenzgründungszuschuss („Ich-AG“), Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld und ab 1. August 2006: Gründungszuschuss. — ^dBerechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — ^eBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^fStandardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept. — ^gMit dem Berichtsmontat September hat das Statistische Bundesamt die für die monatliche Berichterstattung zur Erwerbslosigkeit seit Januar 2005 als Übergangslösung verwendete Telefonerhebung durch eine neue Zeitreihe ersetzt. Die neue Zeitreihe basiert auf der EU-harmonisierten Arbeitskräfteerhebung. Die neuen Daten unterscheiden sich insbesondere aufgrund methodischer Unterschiede im Niveau. Die Zahl der Erwerbslosen ist nach der Umstellung im Durchschnitt annähernd 800 000 erwerbslose Personen höher als vor der Revision, der generelle Rückgang der Zahl der Erwerbslosen seit 2005 wird aber bestätigt (vgl. ausführlich Statistisches Bundesamt (2007)).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

wie im Vorjahr, leicht zunehmen. Das Arbeitsvolumen wird sich in ähnlichem Ausmaß erhöhen wie die Zahl der Erwerbstätigen. Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter spürbar zurückgehen (–500 000). Dazu trägt neben der konjunkturellen Entwicklung der sich fortsetzende Rückgang des Arbeitskräftepotentials bei. Für den Verlauf des Jahres 2009 erwarten wir wieder einen Anstieg der konjunkturellen Dynamik, im Jahresdurchschnitt dürfte sich der Produktionszuwachs jedoch vermindern. Vor diesem Hintergrund rechnen wir auch mit einem deutlich geringeren Anstieg des Arbeitsvolumens und der Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt. Die Zahl der Arbeitslosen wird in abgeschwächtem Maße – um 200 000 Personen – zurückgehen.

Ausblick: Vorübergehende Abschwächung der Konjunktur

Die konjunkturellen Auftriebskräfte in Deutschland sind nach wie vor intakt. Wahrscheinlich ist die Dynamik im Jahr 2007 sogar höher, als die Daten es gegenwärtig ausweisen (Kasten 3). Allerdings dürften die negativen Einflüsse der jüngsten Zeit die wirtschaftliche Aktivität vorerst beeinträchtigen. Mit der Aufwertung des Euro hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen verschlechtert; dies dürfte die Exporte bis weit in das kommende Jahr hinein dämpfen. Hinzu kommt, dass die Auslandsnachfrage etwas langsamer steigen wird, zumal die US-Konjunktur durch eine Schwächephase geht. Nicht zuletzt werden der höhere Ölpreis und die damit verbundene

Kasten 3:

Geschäftsklima deutet auf stärkeren Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2007 hin

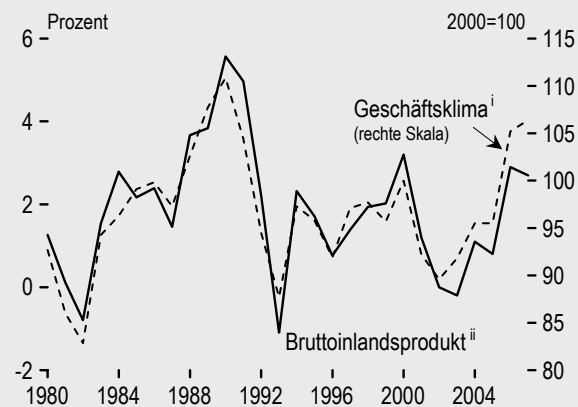
Vor einem Jahr hatten wir darauf hingewiesen, dass zwischen dem jahresdurchschnittlichen Niveau des Geschäftsklimas und dem jahresdurchschnittlichen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts über die vergangenen 45 Jahre ein sehr enger Zusammenhang besteht.^a Für das Jahr 2006 deuteten die im Dezember vorliegenden Daten für die ersten drei Quartale für sich genommen darauf hin, dass der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit damals plausiblen 2,5 Prozent wohl hinter der Dynamik zurückbleiben würde, die der langjährige Zusammenhang mit dem Niveau des Geschäftsklimas nahelegte; die Daten zum Geschäftsklima ließen eine Expansionsrate von über 3 Prozent erwarten. Nachdem die Daten zum Bruttoinlandsprodukt im Zuge der Revisionen des laufenden Jahres mittlerweile eine Zunahme um 2,9 Prozent für das vergangene Jahr anzeigen, kann die Hypothese eines langjährigen Zusammenhangs zwischen Geschäftsklima und gesamtwirtschaftlichem Produktionsanstieg für 2006 nicht mehr abgelehnt werden.

Im Dezember 2007 stellt sich die Situation ähnlich dar. Zwar haben sich die Geschäftserwartungen etwas eingetrübt, die Geschäftslage wird aber deutlich besser beurteilt als im vergangenen Jahr. Das Geschäftsklima ist im Jahresdurchschnitt sogar geringfügig besser als im vergangenen Jahr und spricht für eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr von über 3 Prozent. Nach derzeitigem Stand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erscheint für 2007 konservativ gerechnet jedoch allenfalls ein Produktionsplus von 2,6 Prozent möglich. Legt man den im vergangenen Jahr geschätzten Zusammenhang zwischen Geschäftsklima und Produktionsanstieg zugrunde, so liegt eine Expansionsrate von 2,6 Prozent klar außerhalb des 67-Prozent-Konfidenzintervalls und nur knapp innerhalb des 95-Prozent-Intervalls (Abbildung K3-1).

Vor diesem Hintergrund erwarten wir weitere Aufwärtsrevisionen der Produktionsdaten für das laufende Jahr, möglicherweise auch jener für 2006. Aus heutiger Sicht erscheinen sowohl für 2007 als auch für 2006 Anstiegsraten mit einer 3 vor dem Komma wahrscheinlich. Möglicherweise kommt es bei der nächsten größeren Überprüfung der Daten im August 2008 zu einer Revision in diese Richtung.

^aVgl. Boss et al. (2006: 24). Die Deutsche Bundesbank (2006: 40–41) kommt für die gesamtdeutschen Daten seit 1992 zu einem vergleichbaren Ergebnis.

Abbildung K3-1:
Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts und Geschäftsklimas
1980–2007



ⁱDezember-Wert geschätzt. — ⁱⁱZuwachsrate gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); ifo (lfd. Jgg.).

Verteuerung anderer Energieprodukte die Kosten der Unternehmen steigern und die Kaufkraft der privaten Haushalte einschränken; begünstigend wirkt dabei allerdings der höhere Eurokurs. Damit wird die Binnenkonjunktur voraussichtlich eine Zeitlang schwächer verlaufen als bislang prognostiziert. Nach der Jahres-

wende dürften zudem die Ausrüstungsinvestitionen als Reaktion auf den im Jahr 2007 anfallenden Vorzieheffekt deutlich sinken (Tabelle 5). Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung in der ersten Jahreshälfte 2008 voraussichtlich leicht zurückgehen.

Deutschland: Gegenwind für Konjunktur und Potentialwachstum

Tabelle 5:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2007, 2008 und 2009^a

	2007				2008				2009			
	I	II	III	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,0	2,8	3,2	0,8	0,7	1,1	1,6	1,7	2,1	1,8	1,8
Private Konsumausgaben	-7,6	3,2	2,2	2,2	1,9	1,8	1,6	1,4	1,0	1,0	1,0	1,0
Konsumausgaben des Staates	7,3	-0,2	-0,2	1,2	3,1	2,3	2,5	2,1	1,9	1,9	1,9	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	16,0	3,6	1,5	20,0	-12,0	3,4	1,3	2,5	3,0	4,2	5,5	4,2
Bauinvestitionen	5,8	-13,3	2,3	1,3	0,3	-0,7	-1,3	0,2	1,0	1,4	1,8	1,4
Sonstige Anlagen	-10,9	15,1	11,9	22,3	-9,7	5,7	3,6	4,8	5,3	6,5	7,8	6,5
Vorratsveränderungen ^c	8,3	-4,3	1,7	-0,3	-0,1	0,4	0,0	0,2	-0,1	0,1	-0,2	0,0
Inländische Verwendung	7,2	-3,5	3,6	3,3	0,5	2,2	1,4	1,7	1,3	1,6	1,5	1,5
Ausfuhr	-1,2	3,2	12,8	16,0	-3,0	-2,1	2,1	3,0	4,9	8,1	8,1	6,0
Einfuhr	9,6	-6,9	16,7	18,0	-4,3	1,0	3,0	3,5	4,5	8,0	8,5	6,0
Außenbeitrag ^c	-4,0	3,9	-0,2	0,8	0,1	-1,3	-0,1	0,2	0,7	1,0	0,8	0,7
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland ^d	35 170	35 264	35 353	35 470	35 598	35 704	35 805	35 835	35 845	35 865	35 912	35 960
Arbeitslose ^d	3 941	3 842	3 736	3 606	3 466	3 336	3 206	3 136	3 110	3 100	3 080	3 055

^aKettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cLundberg-Komponente. — ^d1 000 Personen.

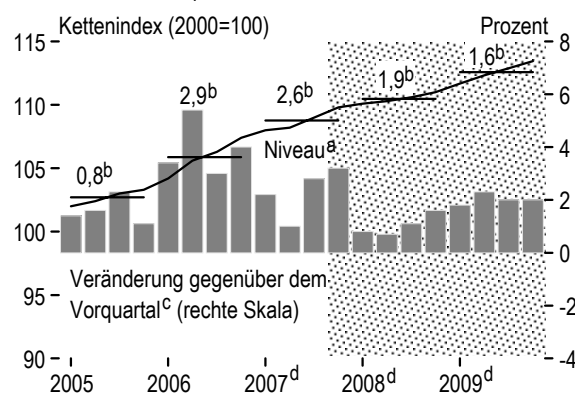
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Wenn die dämpfenden Effekte weitgehend abgeklungen sind, wird sich die Konjunktur erholen; damit ist für die zweite Jahreshälfte 2008 zu rechnen. Dazu dürfte beitragen, dass die Nervosität an den Finanzmärkten – so unsere Annahme – schwindet und sich dadurch die Zinsen auf dem Geldmarkt zurückbilden werden. Für das Jahr 2008 insgesamt erwarten wir einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,9 Prozent (Abbildung 6). Diese Rate ist spürbar niedriger als bei unserer Prognose vom September dieses Jahres (2,4 Prozent), wobei sich die Differenz weitgehend aus den Effekten infolge der veränderten Annahmen bezüglich des Wechselkurses einerseits und des Erdölpreises andererseits erklärt.⁷ Die Unsicherheit für unsere Prognose haben wir erneut anhand von Konfidenzintervallen dargestellt. Die Spanne, in der die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit liegt, reicht von 0,3 bis 3,5 Prozent (Abbildung 7). Die Zahl der

⁷ Anfang September unterstellten wir vor dem Hintergrund der damals herrschenden Marktpreise, dass der Wechselkurs des Euro bei 1,36 US-Dollar liegen und der Rohölpreis 70 US-Dollar betragen würde (Boss et al. 2007c: Tabelle 2).

Arbeitslosen dürfte sich 2008 um rund 500 000 auf 3,29 Millionen verringern. Die Inflationsrate wird bis weit in das kommende Jahr hinein mehr als 2 Prozent betragen; im Jahresdurchschnitt werden die Verbraucherpreise voraussichtlich um 2,2 Prozent höher sein als im Vorjahr.

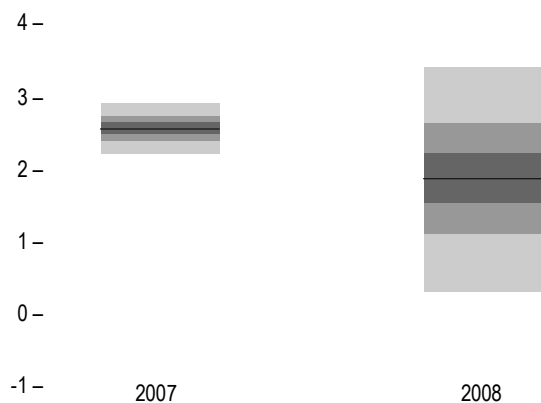
Abbildung 6:
Reales Bruttoinlandsprodukt 2005–2009^a



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Ursprungswert. — ^cAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^dAb 2007 IV: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 7:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2007 und 2008^a



^aPrognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im vierten Quartal der Jahre 1994–2006).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Im Jahr 2009 werden die Auftriebskräfte wieder zunehmend die Oberhand gewinnen, und der Aufschwung wird sich fortsetzen. Dabei ist für den Jahresverlauf mit einem leichten Anstieg der Kapazitätsauslastung zu rechnen. Neben einer kräftigeren Binnenkonjunktur wird die Auslandsnachfrage rascher expandieren als zuvor, da die Konjunktur bei den Handelspartnern wieder Fahrt aufnimmt; vor allem ist für die Vereinigten Staaten mit einer spürbaren Erholung zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2009 wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland voraussichtlich um 1,6 Prozent zunehmen. Diese Rate ist trotz der wieder höheren konjunkturellen Dynamik niedriger als die für das Jahr 2008, weil erstens der Arbeitstageeffekt deutlich negativ ist (0,4 Prozent) und zweitens der statistische Überhang gegen Ende 2008 geringer ausfällt als im Vorjahr. Die laufende Expansionsrate (saison- und kalenderbereinigt) wird 2009 mit 1,8 Prozent jedoch spürbar höher sein als im Jahr 2008 (1,1 Prozent). Dabei wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter bessern, die Zahl der Arbeitslosen wird 2009 nahe an die Marke von 3 Millionen herankommen (Tabelle 6). Die Inflation wird sich im Jahresdurchschnitt auf 1,9 Prozent belaufen.

Für die vorliegende Prognose ergibt sich die Unsicherheit im Wesentlichen aus der Immobilienkrise in den Vereinigten Staaten und den daraus resultierenden Unwägbarkeiten auf den Finanzmärkten. So ist für das kommende Jahr eine Rezession in den Vereinigten Staaten nicht auszuschließen (Dovern et al. 2007). Diese würde sich auch negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirken, zumal in einem solchen Fall wohl der US-Dollar weiter abwerten würde. Daneben besteht bezüglich der Wirtschaftspolitik in Deutschland ein Risiko für die weitere Entwicklung. Mehr und mehr werden Maßnahmen diskutiert und beschlossen, welche die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt auf die mittlere Sicht wieder verschlechtern. Mit einem solchen Kurs werden sich die Arbeitsanreize verringern; vor allem wird sich der Druck auf die Tarifparteien vermindern, die zurückhaltende Politik bei den Löhnen fortzusetzen, bis sich die Arbeitslosenquote auf ein niedriges Niveau verringert hat, wie es beispielsweise in anderen entwickelten Volkswirtschaften herrscht.

Finanzpolitische Überlegungen

Zur Senkung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung

Die Bundesagentur für Arbeit wird trotz der kräftigen Reduktion des Beitragssatzes zum Jahresbeginn 2007 auch in diesem Jahr einen hohen Überschuss erzielen (Tabelle 7). Anfang 2008 wird der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung weiter – um 0,9 Prozentpunkte auf 3,3 Prozent – gesenkt. Auch wird der Bund im Jahr 2008 einen Teil der Einnahmen der Bundesagentur in Anspruch nehmen. Zwar wird der Aussteuerungsbetrag, den die Bundesagentur seit dem Jahr 2005 an den Bund zahlt und der sich im Jahr 2008 auf rund 2 Mrd. Euro belaufen würde, abgeschafft; es werden aber Ausgaben des Bundes in Höhe von rund 5 Mrd. Euro auf die Bundesagentur verlagert werden, was faktisch einer Reduktion des Zuschusses des

Deutschland: Gegenwind für Konjunktur und Potentialwachstum

Tabelle 6:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2006–2009

	2006	2006	2007 ^a	2008 ^a	2009 ^a
	Mrd. Euro	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		2,9	2,6	1,9	1,6
Private Konsumausgaben		1,0	-0,2	2,2	1,1
Konsumausgaben des Staates		0,9	2,0	1,8	2,0
Anlageinvestitionen		6,1	5,4	1,7	1,8
Ausrüstungsinvestitionen		8,3	8,5	2,5	3,4
Bauinvestitionen		4,3	3,0	0,7	0,1
Sonstige Anlagen		6,7	6,1	5,6	5,6
Vorratsveränderung ^b		0,0	0,1	0,0	0,1
Inländische Verwendung		1,9	1,4	2,0	1,5
Ausfuhr		12,5	8,7	4,2	4,8
Einfuhr		11,2	6,8	4,7	5,2
Außenbeitrag ^b		1,1	1,2	0,1	0,2
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 322,2	3,5	4,6	3,4	3,3
Private Konsumausgaben	1 357,5	2,3	1,7	4,2	3,0
Konsumausgaben des Staates	425,9	1,0	2,6	3,5	3,6
Anlageinvestitionen	417,1	6,7	8,5	2,2	2,3
Ausrüstungsinvestitionen	173,7	7,1	8,2	1,9	3,4
Bauinvestitionen	203,4	6,8	9,4	2,4	1,4
Sonstige Anlagen	26,3	3,7	3,4	2,0	3,5
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)	-4,7	-4,7	-6,1	-14,8	-13,2
Inländische Verwendung	2 195,8	3,0	3,1	3,3	3,1
Ausfuhr	1 046,5	14,0	9,2	4,1	5,2
Einfuhr	920,1	14,3	6,4	4,0	5,1
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	126,4	126,4	163,6	171,2	180,8
Bruttonationaleinkommen	2 344,4	3,5	4,5	3,6	3,4
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,6	1,9	1,4	1,7
Private Konsumausgaben		1,4	1,9	2,0	1,9
Konsumausgaben des Staates		0,2	0,6	1,7	1,6
Ausrüstungsinvestitionen		-1,1	-0,3	-0,6	0,0
Bauinvestitionen		2,4	6,2	1,6	1,3
Sonstige Anlagen		-2,8	-2,5	-3,4	-2,0
Ausfuhr		1,3	0,4	-0,1	0,3
Einfuhr		2,8	-0,4	-0,7	-0,1
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,7	2,1	2,2	1,9
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen		3,6	4,1	4,2	3,5
Arbeitnehmerentgelte		1,7	3,1	3,6	3,6
in Prozent des Volkseinkommens		65,6	65,0	64,6	64,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		7,2	6,1	5,4	3,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		1,9	2,2	4,0	2,9
Sparquote (Prozent)		10,5	10,9	10,7	10,7
Lohnstückkosten, real ^c		-1,7	-1,5	0,2	0,4
Produktivität ^d		2,4	0,9	0,8	1,1
Arbeitslose (1 000)		4487,1	3781,7	3286,4	3086,7
Arbeitslosenquote (Prozent)		10,8	8,9	7,7	7,3
Erwerbstätige ^e (1 000)		39088,0	39760,9	40229,0	40429,1
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-37,3	1,5	-4,7	5,2
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt		-1,6	0,1	-0,2	0,2
Schuldenstand ^f		67,5	64,6	62,6	60,7

^aPrognose. — ^bLundberg-Komponente. — ^cArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^dBruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — ^eInlandskonzept. — ^fIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Tabelle 7:

Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit 2006–2009 (Mrd. Euro)

	2006	2007 ^a	2008 ^a	2009 ^a
Beiträge	51,18 ^b	32,30	26,39 ^c	27,37 ^c
Umlagen	1,12	1,03	1,05	1,07
Verwaltungskosten- erstattungen	2,36	2,34	2,35	2,35
Sonstige Einnahmen	0,72	0,99	1,35	1,35
Zuschuss des Bundes	0,00	6,47	2,58 ^d	2,78 ^d
Einnahmen	55,38	43,13	33,72	34,92
Eingliederungstitel	2,48	2,52	2,95	3,03
Arbeitslosengeld	23,61	17,72	16,60	16,40
Kurzarbeitergeld, Transfer- kurzarbeitergeld etc.	0,35	0,57	0,60	0,62
Umlagefinanzierte Ausgaben	1,09	1,02	1,05	1,07
Aussteuerungsbetrag	3,28	1,94	0,00	0,00
Verwaltungsausgaben	5,34	5,60	5,70	5,85
Sonstige Ausgaben	8,01	6,94	7,20	7,40
Ausgaben	44,16	36,31	34,10	34,37
Finanzierungssaldo	11,22	6,82	-0,38	0,55

^aPrognose. — ^bDavon 3,5 Mrd. Euro Extraeinnahmen infolge vorzeitiger Fälligkeit der Beiträge. — ^cBei einem Beitragssatz von 3,3 Prozent. — ^dNach Abzug der Erstattung von Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben des Bundes etc. (5 Mrd. Euro).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

des Bundes entspricht. Zudem werden die Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aufgestockt. Ferner wird das Arbeitslosengeld älteren Anspruchsberechtigten länger als bisher gewährt werden (Bundesagentur für Arbeit 2007), wenngleich nicht so lang wie vor der Reform im Rahmen der Agenda 2010; die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld werden wegen des Rückgangs der Arbeitslosigkeit gleichwohl sinken. Angesichts all dieser Beschlüsse (vgl. auch Boss 2007b) wird die Bundesagentur im Jahr 2008 wieder ein Defizit aufweisen.

Der Beschluss der Bundesregierung, den Beitragssatz um fast einen Prozentpunkt zu senken, wird insbesondere vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kritisiert; nachhaltig könne der Beitragssatz um nur 0,3 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent reduziert werden (Sachverständi-

genrat 2007: Ziffern 317–319). In der Argumentation des Sachverständigenrats bleibt aber unberücksichtigt, dass die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit mindestens teilweise von deren Einnahmen abhängen.⁸ Auch wird nicht beachtet, dass die Arbeitskosten bei einer größeren Senkung des Beitragssatzes geringer und die Beschäftigung höher als sonst ausfallen. Diese Effekte können mithilfe des gewählten methodischen Ansatzes allenfalls unzureichend einbezogen werden, so dass als mittelfristig notwendiger Mittelbedarf ein überhöhter Betrag errechnet wird. Auch wird dem Ausgaben mindernden Effekt der im Rahmen der Agenda 2010 verkürzten Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere nicht voll Rechnung getragen; dieser Einfluss ist in den der Rechnung zugrunde liegenden Daten zu den Ausgaben verzerrt und zudem nicht voll enthalten. Schließlich ist der methodische Ansatz wegen anderer statistischer Brüche in den Zeitreihen (Sachverständigenrat 2007, Ziffer 317) problematisch.

Wird dies alles berücksichtigt, so ist sogar eine Verringerung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung um 1,3 Prozentpunkte auf 2,9 Prozent⁹ möglich, wenn zusätzliche Ausgaben nicht beschlossen werden und wenn die deutsche Wirtschaft mittelfristig entsprechend der Rate des Wachstums des Produktionspotentials expandiert (Boss 2007a, 2007b). Selbst eine zeitweise ungünstigere wirtschaftliche Entwicklung schließt nicht aus, dass der Beitragssatz auf 2,9 Prozent reduziert werden kann; es könnten in diesem Fall zwar kurzfristig beträchtliche Defizite im Haushalt der Bundesagentur auftreten, es wären jedoch beträchtliche Reserven verfügbar, um diese abzudecken. In beiden Fällen wären die Ausgaben der Bundesagentur indes geringer als sonst, weil diese teilweise endogen sind. Vor allem aber wirkte sich eine zusätzliche Reduktion des Beitrags-

⁸ In der Vergangenheit hat es sich häufig gezeigt, dass neue Ausgabenprogramme gerade dann beschlossen wurden, wenn die Einnahmensituation der Bundesagentur positiv war.

⁹ Eine Reduktion des Beitragssatzes um zusätzlich 0,4 Prozentpunkte entspricht im Jahr 2008 – rein rechnerisch – einer Verringerung des Beitragsaufkommens um 3,2 Mrd. Euro.

satzes positiv auf die Beschäftigung aus; sie würde dazu beitragen, dass der Risikofall, für den manche Politiker und Kommentatoren Reserven anhäufen wollen, weniger wahrscheinlich würde.

Reduktion der Einkommensteuersätze erforderlich

Eine generelle Senkung der Einkommensteuersätze zum Jahresbeginn 2009 ist angezeigt, weil die Steuerbelastung seit der dritten Stufe der Einkommensteuerreform im Jahr 2005 infolge

heimlicher Steuererhöhungen nennenswert gestiegen ist und ohne eine Änderung des Einkommensteuertarifs weiter zunehmen würde. Dies würde die Arbeitsanreize schwächen und den Anstieg der Beschäftigung bremsen (Boss et al. 2007c: 62–64). Vermeiden lässt sich eine heimliche Steuererhöhung beispielsweise durch eine Indexierung der Abzugsbeträge bei der Berechnung des zu versteuernden Einkommens und des Einkommensteuertarifs entsprechend der Nominaleinkommensentwicklung im Durchschnitt (Boss et al. 2008).

Literatur

- Boss, A. (2007a). Wohin mit den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit? Kieler Arbeitspapiere 1384. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A. (2007b). Stärkere Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung! *Wirtschaftsdienst* 87 (12). Erscheint demnächst.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2006). Gute Chancen auf einen langanhaltenden Aufschwung in Deutschland. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2006*. Kieler Diskussionsbeiträge 436/437. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2007a). Verbessertes Arbeitsmarktumfeld stärkt Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Kieler Diskussionsbeiträge 441/442*. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier und J. Scheide (2007b). Aufschwung in Deutschland bleibt kräftig. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2007*. Kieler Diskussionsbeiträge 443/444. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier, F. Oskamp und J. Scheide (2007c). Deutsche Konjunktur: Aufschwungskräfte behalten die Oberhand. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2007*. Kieler Diskussionsbeiträge 445/446. IfW, Kiel.
- Boss, A., A. Boss und T. Boss (2008). Der deutsche Einkommensteuertarif: Wieder eine Wachstumsbremse? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 9 (1): 102–124. In Vorbereitung.
- Bundesagentur für Arbeit (2007). Verwaltungsrat stellt BA-Haushalt 2008 fest. *BA-Presseinfo* 72 (15. November). Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (2006). *Monatsbericht*. November. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2007a). Fortschritte bei der Stärkung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. *Monatsbericht* (Oktober): 35–45.
- Deutsche Bundesbank (2007b). *Monatsbericht*. November. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.

- Dovern, J., K.-J. Gern, N. Jannsen, F. Oskamp, B. van Roye, B. Sander und J. Scheide (2007). Weltwirtschaftliche Dynamik flaut ab. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2007. Kieler Diskussionsbeiträge 447/448. IfW, Kiel. In Vorbereitung.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2007). *Monatsbericht*. November. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- HWWI (Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gemeinnützige GmbH) (2007). HWWI-Rohstoffpreisindex. Via Internet (10. Dezember 2007) <<http://www.hwwi.de/Rohstoffpreisindex.1042.o.html>>.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2007). *Agricultural Outlook 2007–2016*. Paris.
- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (lfd. Jgg.). *Main Economic Indicators*. Paris.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2007). *Aufschwung legt Pause ein. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007*. RWI, Essen.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2007). *Das Erreichte nicht verspielen. Jahrgutachten 2007/08*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2007). 40 Millionen Erwerbstätige im September 2007. *Pressemitteilung 432 vom 30. Oktober*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse*. Wiesbaden.
- WSI-Tarifarchiv (2007). Tarifrunde 2008: Die Kündigungstermine. Via Internet (10. Dezember 2007) <http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-566958CD/hbs/hs.xsl/547_88986.html>.